

Fragen des GEB Schulen zur Kommunalwahl 2024

– Antworten der Freie Wähler Fraktion-

- 1. Ganztags: Wie wollen Sie dazu beitragen, dass genügend Plätze für die Ganztagsbetreuung bis zum Schuljahr 2026/27 für die interessierten Familien verfügbar sind? Was sehen Sie bis dahin als kritisch im Entstehungsprozess? Was halten Sie vom Spalt zwischen kostenlosen Ganztagschulen und kostenpflichtigen Kernzeitbetreuungen?**

Die Freie Wähler Fraktion hat die Verwaltung schon seit Bekanntwerden des **Rechtsanspruchs für ganztägige Bildung und Betreuung und Bildung im Grundschulalter** (wie es richtigerweise heißt) darauf hingewiesen, dass hierfür entsprechende Räume und hinreichend Personal zur Verfügung stehen muss.

Leider hat es die grün-schwarze Landesregierung bisher versäumt, die für konkrete Planungen der Kommunen notwendigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, die für konkrete Planungen vor Ort dringend erforderlich sind. Insbesondere die in diesem Rahmen notwendigerweise anzubietenden **Ferienzeitbetreuungen sind in keinster Weise gesichert**.

Daher hat die Freie Wähler Fraktion mehrfach beantragt, einen **runden Tisch mit möglichen außerschulischen Trägerschaften** für entsprechende Ganztagesangebote einzurichten, der jüngst stattgefunden hat. Leider ist die Stadt zugleich ohne vorherige Absprache mit möglichen freien Trägern durch die Einbringung einer Vorlage im Gemeinderat vorgeprescht, in der lediglich Maßnahmen und finanzielle Grundlagen für kommunale Trägerschaften vorgesehen waren, weshalb beim runden Tisch manche Trägerschaften nicht teilgenommen haben, sondern sich in einem gesonderten Treffen mit der Stadtverwaltung verabreden.

Aufgrund des Lehrkräftemangels können Ganztagesangebote und per Gesetz obligatorische Ferienzeitangebote **nur gemeinsam mit anderen Trägerschaften** gewährleistet werden. Dies entspricht auch unserem Bildungsverständnis. Dafür brauchen diese möglichst bald verlässliche Zusagen und Vereinbarungen – möglichst bevor auch in diesem Bereich ein Personaldefizit entsteht. Dafür haben wir Freie Wähler uns mit Entschiedenheit eingesetzt.

Auch die **Kluft hinsichtlich der Finanzierung** müsste seitens der Landesregierung dringend gesetzlich geregelt werden. Denn während Ganztagesangeboten derzeit in der Regel finanziell weitgehend vom Land getragen werden, ist dies für die Kern- und Randzeitenbetreuung nicht der Fall. Und selbst mit Umsetzung des Rechtsanspruchs werden zusätzliche Randzeitenbetreuungsangebote notwendig sein.

Doch auch ohne den künftigen Rechtsanspruch **wachsen die Bedarfe ganztägiger Angebote** an den Schulen im Grundschulbereich bereits jetzt stetig an. Erfahrungen im Kita-Bereich zeigen, dass sich diese Entwicklung weiter aufwachsen wird. Nur mit Kompromissen anderer Träger können hier derzeit zu Spitzenzeiten die notwendigen Raumbedarfe gedeckt werden. Dies macht ein von uns beantragtes **zukunftsfähiges Raumkonzept** umso dringlicher.

- 2. Radschulwege: Bei der Erfassung der Radschulwege wurden einige Problemstellen identifiziert: fehlende Radwege, insbesondere keine Wegeführung bei Kreuzungen, Probleme mit parkenden Autos sowie schlechter Bodenbelag. Wie werden Sie damit umgehen?**

Die Radwegesicherheit ist allgemein ein wichtiges Thema – auch angesichts der angestrebten Mobilitätswende. Die **Mobilitätsentwicklungsplanung** hat auch diesbezüglich notwendige Verbesserungen markiert – auch in den Bezügen zwischen den verschiedenen Verkehrsarten (Fußwege, Radwege, Straßen, ÖPNV usw.). Leider ist die Umsetzung des Planes aufgrund von Personalwechsel und Personalmangel in der Verwaltung ins Stocken geraten, obwohl wir wiederholt auf dessen Umsetzung gedrängt haben.

Immer wieder wenden sich Bürgerinnen und Bürger wegen Mängeln im Blick auf die Sicherheit und fehlerhaftes Parkverhalten an uns. Diese Meldungen leiten wir immer umgehend an die Verwaltung

zur Behebung weiter. Gerade eine **attraktive und sichere Radwegeverbindung** zu den Schulen, für die wir uns immer stark gemacht haben, ist ein wichtiger Garant dafür, dass die Zahl von Elterntaxis abnehmen kann. Die Radwegebeziehungen zu den Schulen müssen aus unserer Sicht **jährlich** im Blick auf Sicherheit und Attraktivität hin überprüft werden.

Als weiteres großes Problem wurde beim Jugendforum erst jüngst das Thema der **Sicherheit bei Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern** genannt. Dabei geht es nicht „nur“ um Diebstahl- oder Wetzschutz, sondern vor allem auch um gefährliche Manipulationen und Beschädigungen von Fahrrädern, die zu Unfällen führen können. Hier haben wir die Verwaltung um dringende Abhilfe gebeten!

3. Verkehr um die Schulen: Derzeit gibt es viele Elterntaxis zu und von unseren Schulen. Könnten aus Ihrer Sicht Elternfahrten durch den Ausbau der Busverbindungen reduziert werden?

Elterntaxis haben mehrere Gründe. Dazu gehört die Sorge um die **Schulwegsicherheit** jüngerer Schüler:innen, und dies nicht nur in verkehrlichem Sinn. Vor vielen Jahren wurden deshalb exemplarisch Haltestellen eines „**walking bus**“ eingerichtet, an denen Schüler:innengruppen mit je einer Begleitperson gestartet sind bzw. unterwegs andere Schüler:innen in die Gruppe aufgenommen haben. Ähnliche und weniger formalisierte Organisationsformen beobachte ich immer wieder.

Leider sind die Schulbusse nicht immer verlässlich und zudem auf bestimmten Strecken immer wieder **überfüllt**, vor allem bei schlechtem Wetter oder in kalten Jahreszeiten. Diese Problematik haben wir wiederholt bei der Verwaltung angesprochen und reagieren zügig auf entsprechende Meldungen.

Nur ein **Maßnahmenbündel**, unter anderem auch im Blick auf eine sichere Gestaltung der Zuwegung von Schulhöfen durch entsprechende Halteverbote und Kontrollmaßnahmen. Hierzu gehören auch die obigen Ausführungen zum Thema Radwege und Radfahrtsicherheit.

4. Inklusion: Inklusion ist ein Bestandteil unserer Gesellschaft und somit unserer Schullandschaft. Was kann Filderstadt als Kommune tun, um dafür zu sorgen, dass jede*r Schüler*in selbstverständlich alles bekommt, was zu seinem*ihrem Bildungserfolg führt, unabhängig von seinen*ihren Bedürfnissen? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Erst jüngst fand in der Gotthard-Müller Schule eine Jubiläumsveranstaltung zum Projekt „Handicap macht Schule“ statt, ein Projekt, an dem ein Mitglied der Fraktion beruflich beteiligt ist. Seit vielen Jahren setzen wir Freie Wähler uns für Inklusion ein – und zwar für die Wahl von **Maßnahmen, die dem jeweiligen Kind und dessen Förderung gerecht werden**. Dabei ist die Vielfalt von Inklusionsbedarf zu berücksichtigen – im Sinne eines weiten Inklusionsbegriffs, der über körperliche, sprachliche, kognitive, sinnenbezogene Beeinträchtigungen hinausgeht. Inklusion ist kein Additum, sondern eine grundsätzliche Frage von Partizipation und damit **Teilhabe- und Bildungs- bzw. Chancengerechtigkeit**. Vor vielen Jahren haben wir uns dafür eingesetzt, eine entsprechende Beratungsstelle in der Pestalozzischule einzurichten, um eine bedarfs- und bedürfnisgerechte Beratung zu ermöglichen.

Inklusion muss jedoch schon im **Kindergarten** beginnen und verlässlich sein, insbesondere was die Übergänge vom Kindergarten in die Schule oder zwischen Schulen betrifft – und die Begleitung in Ferienzeiten. Hierzu haben wir Freie Wähler entsprechende Anträge gestellt und damit beispielsweise zu festen Anstellungsverhältnissen im Kita-Bereich beigetragen. Leider ist das Thema Inklusion in der Bildungspolitik alles andere als ein Zentralthema, obwohl es entsprechende **UN-Rechte** gibt, die auch hierzulande zu berücksichtigen wären.

Wir sind dankbar, dass einige Filderstädter Schulen in bewährter Weise **inklusive Beschulung** ermöglichen und dazu auch entsprechende Kompetenzen ausgebildet haben. Neuerdings scheint jedoch der Trend zu wachsen, eine Beschulung in einem SBBZ zu wählen – so die neueren Zahlen. Wichtig ist uns, das jeweils für das Kind zuträgliche und förderliche Angebot vorzuhalten. Dafür werden wir uns auch weiterhin entschieden einsetzen.

Hinsichtlich eines weiten Inklusionsbegriff ist auch das Angebot der **VKL-Klassen und der Sprachförderung** an den Schulen von hoher Bedeutung. Die Einführung sogenannter „Juniorklassen“ soll einer bewussten frühen Förderung von Schüler:innen dienen, was auf jeden Fall zu begrüßen ist.

5. Schulgebäude: Wie sollten die Instandhaltung unserer Schulgebäude und Schulsporthallen sowie deren Generalüberholung langfristig und strukturiert im Haushalt geplant werden, um einen guten Zustand zu erhalten bzw. wieder zu erreichen?

Ein Experte für Pädagogik sagt zurecht: Der **Raum ist der dritte Pädagoge**. Räume spielen für das Gelingen von Bildungsprozessen eine entscheidende Rolle, auch was die **Ästhetik** betrifft. Beim Jugendforum wurde dies unterstrichen und auf zahlreiche Mängel hingewiesen, was unter anderem die künstlerische Gestaltung der Unterrichtsräume, die Atmosphäre von Aufenthaltsräumen und Schulhöfen, aber insbesondere auch die Situation der Toiletten betrifft. Dabei haben die betroffenen Schüler:innen selbst darauf verwiesen, inwiefern die Schulgemeinschaft hierfür selbst mitverantwortlich ist.

Wir Freie Wähler haben aus diesem Grund immer auch eine gute räumliche Ausstattung der Schulen Wert gelegt, und dies weit über die Auskömmlichkeit von Räumlichkeiten begrenzt. Hilfreich wäre hierzu **eine jährliche Berichterstattung** im AK Schulen sowie die Konzeption eines Schulraumentwicklungsprogramms in **Partizipation** der Schülerschaft. Gerade die Innengestaltung der Räume kann – unter Beachtung gesetzlicher Vorgaben, wie z.B. Brandschutz – niederschwellig und ohne hohe Kosten durch Projektarbeit (ggfs. in Zusammenarbeit mit der Kunstschule) verbessert werden.

Für die Instandhaltung und Weiterentwicklung der Gebäude haben wir mehrfach eine **Konzeption** angemahnt und werden dies immer wieder in die Gremien einbringen. Erfahrungen und Expertisen zeigen deutlich: Gebäude, die ästhetisch ansprechend gestaltet sind, sind weniger Gegenstand von Verschmutzung. Investitionen hierbei sind also auch präventiv.

Wir Freie Wähler sind dankbar, dass mit dem **Schulcampus in Bernhausen** ein vorbildliches und synergetisches Gelände geschaffen werden konnte, das auch möglichen zukünftigen Veränderungen der Schullandschaft gerecht wird. Vergleichbare Planungen und Lösungen erwarten wir auch für andere Schulstandorte, und zwar im Blick auf eine von uns bereits mehrfach geforderte **zukunftsfähige Gesamtkonzeption**, zumal sich die Notwendigkeiten allein schon aufgrund des Ausbaus der Ganztageseinrichtungen ergeben werden.

6. G8 / G9: Die Kultusministerin will das G9 Gymnasium wieder einführen. Wie stellen Sie sich diese Rückkehr am DBG und am ESG vor? Wie können Familien in der Zukunft zwischen G8 und G9 in Filderstadt frei entscheiden?

Die Ermöglichung einer freien Entscheidung zwischen G 8 und G 9 liegt nicht in den Händen der Gemeinden, sondern ist Gegenstand der leider immer noch offenen **Gesetzgebung des Landes**. Bereits jetzt haben wir Freie Wähler auf Auswirkungen im Blick auf – wenn auch erst mittelfristig - notwendige **zusätzliche Räumlichkeiten** an den beiden Gymnasien hingewiesen, da es uns wichtig war, den Erweiterungsbau des ESG entsprechend auszurichten. Detaillierte und seriöse Konsequenzen im Blick auf die Veränderung im gymnasialen Bereich können erst dann eruiert und angegangen werden, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen vorliegen.

Schon jetzt sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Weiterentwicklung erstens entscheidend damit zusammenhängt, inwiefern sich die **Relevanz der Grundschuldempfehlung** verändert, und zweitens damit, welche weiteren **Entwicklungen und Veränderungen im Blick auf die Schulformen der Sekundarstufe I** (Werkrealschule, Realschule, Gemeinschaftsschule) zu erwarten sind. Laut Pressemeldungen sind hier offensichtlich noch nicht bekannte Veränderungen im Gespräch, die eklatante Auswirkungen auf die gesamte Schullandschaft in Filderstadt haben können, die derzeit noch nicht absehbar sind.

Für die Freie Wähler Fraktion Filderstadt: Stefan Hermann, Fraktionsvorsitzender (23.4.2024)